

## Defekter Scheinwerfer

*Benjamin Derin/Tobias Singelstein, [Die Polizei: Helfer, Gegner, Staatsgewalt - Inspektion einer mächtigen Organisation](#), 2022, Econ-Verlag, 446 S., 24,99 Euro; auch erhältlich in einer Ausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung*

In einem langen Brandbrief warnen die Autoren eindringlich vor einem weiteren Machtzuwachs der Polizei. Sie würde sich verselbständigen und stelle eine Gefahr für die rechtsstaatliche Demokratie dar. Die Gesellschaft mit ihrem übertriebenen Bedürfnis nach totaler Sicherheit habe der Polizei mehr Aufgaben und Bedeutung verschafft. Als Brandbeschleuniger wirke insbesondere die zweitgrößte Polizeigewerkschaft, die rechtskonservative DPolG. Der Rechtsanwalt Benjamin Derin und der Kriminologieprofessor Tobias Singelstein setzen hier aber nicht nur den Beef, den sie mit der DPolG auf Twitter austragen, in Buchform fort. Sie wollen die Polizei vor sich selber und die Gesellschaft vor Autokratisierung retten. Dazu erinnern sie an die Entstehung der modernen Polizei zur Sicherung des Privateigentums im frühkapitalistischen Vereinigten Königreich, verweisen auf Fälle von rassistischer Polizeigewalt in den USA und Frankreich, beschreiben Aufbau und Wirkweise der Organisation und betonen durchgängig die medial wahrgenommenen Verfehlungen der deutschen Polizei der vergangenen zwei Dekaden. Driftet die Polizei wirklich in eine Parallelwelt ab?

## Herrscher und Knecht

Die Polizei löse sich von ihrer dienenden Funktion und entwickle sich zu einem selbstbewussten politischen Akteur. Sie sei keine "willenlose Befehlsempfängerin" mehr, sondern existiere zunehmend machtvoll in und neben dem hierarchischen Apparat (304). Diese Diagnose klingt erstmal besorgniserregend, wird aber von den Autoren selbst widerlegt. Ihre Inspektion ergibt, dass Gesetzgebung, Regierungen und Verwaltungen polizeiliches Handeln durch Gesetze, Vorgaben (z. B. Null-Toleranz-Politik) und Ausstattung bestimmen. Wichtige Entscheidungen und grundlegende Fragen müsse die Polizeiführung mit dem Innenministerium abstimmen. Mit Sätzen wie "[g]egenüber dem Dienstherrn haben Polizist:innen eine Gehorsamspflicht" oder "Beamt:innen haben der gesamten Bevölkerung zu dienen" bestätigen Derin und Singelstein eher die machtvolle Position der Politik als die der Polizei (88). Es ist allerdings die Polizei, der sie Rassismus und Rechtsextremismus vorhalten, wenn sie per Polizeigesetz verdachtsunabhängige Kontrollen durchführen soll, das Grundgesetz jedoch Ungleichbehandlung verbietet. Ihre Funktion - die Durchsetzung der sozialen Ordnung und Sicherung des Status quo - erfülle sie erfolgreich, wohin gegen sie ihrer eigentlichen Aufgabe - Strafprävention und -verfolgung - nicht genügend nachkomme. Zudem nehme "Gewalt gegen die Polizei" weiter zu (158). Das spricht für ein Herrschaft-Knechtschaft-Verhältnis zuungunsten der Polizei. Sie bleibt eine Dienststelle im Dienst der wirkmächtigen bürgerlichen Elite.

## Spiegel

Ihre Frage, ob die Polizei die Gesellschaft widerspiegele, beantworten die Inspektoren ambivalent. Einerseits rekrutiere sie sich mehrheitlich aus der Mittelschicht mit Abitur und es gäbe Fälle von Rassismus, Sexismus, Misogynie und Homophobie. Verfehlungen wie Chat-Gruppen mit rechtsextremen Inhalten, Racial Profiling, Polizeigewalt, dem Versagen in Bezug auf den NSU und AfD-Mitgliedschaft durchziehen das Buch. Problematisch finden die Autoren die Polizist:innenkultur an der Basis mit einer übermäßigen Identifikation mit dem Beruf, die sie angeblich vom Rest der Gesellschaft unterscheidet. Auch warnen sie manche Länderpolizeien vor gefährlichen rechten Ausbilder:innen und zu hohen Zustimmungswerten für die AfD. "Diese vergiften die Polizei langsam, wenn es an einer Brandmauer fehlt" (209). Andererseits erkennen sie an, dass gesellschaftliche Verhältnisse auch die Polizei prägen und dort ganz verschiedene Menschen arbeiten. "Wo der Anteil von Menschen aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte in der Bevölkerung höher ist, traf dies auch für die angehenden Polizist:innen zu" (104). Rassismus sei ein Ungleichheitsproblem, das die Gesellschaft betreffe, und die vorhandenen niedrigschwiligen rassistischen Anschauungen seien auch in der

Bevölkerung insgesamt häufig zu finden. Studien aus den 1990er Jahren bis 2017 werden zitiert, die "keine größere Anfälligkeit für rassistische Einstellungen als im Rest der Bevölkerung zeigten"

(169). Die als Skandal geschilderte Party von Berliner Polizist:innen im Rahmen des Einsatzes zum G20-Gipfel in Hamburg - Tanz auf dem Tisch in Bademantel und mit Waffe, Sex in der Öffentlichkeit und gemeinsames Pinkeln an Zäune - spricht meines Erachtens eher dafür, dass sich die Polizei nicht so sehr von der Normalbevölkerung unterscheidet. Auch ist ihre Subkultur wahrscheinlich immer noch diverser als die mancher rechtswissenschaftlicher Boys Clubs. Dem Narrativ des Spiegels der Gesellschaft widerspricht nur, dass, wie die Inspektoren feststellen, sich in der Polizei weniger Frauen, Arme und Beeinträchtigte finden, wohingegen Burnout, Alkoholismus und Suizidalität überproportional auftreten.

## **Die gewollte Polizei**

Auch die These von der Entfremdung der Polizei von der Gesellschaft durchzieht zwar das Buch, wird jedoch von den Inspektoren selbst entkräftet. Warnen sie eingangs, die Institution würde sich verselbständigen und den Pfad der demokratischen Rechtsstaatlichkeit verlassen, merken die Autoren auf den letzten Metern an, dass die Demokratisierung der Polizei sowie die Aushandlung ihrer Aufgaben und Funktionen in der Gesellschaft immer wieder aufs Neue ausgehandelt werden. Wenn oberflächlich für Ordnung gesorgt wird, ohne die dahinterstehenden Probleme zu lösen, sei das gesellschaftlich gewollt. Das Legalitätsprinzip verpflichte die Polizei, psychisch kranke Menschen und sichtbare Armut vor allem als Ordnungsstörung, weniger als soziale Probleme zu behandeln. "Die Polizei ergänzt dann nicht die gesellschaftliche Antwort auf Probleme, sie ist die gesellschaftliche Antwort" (334). Der Polizeieinsatz bleibe oft eine Notlösung, da die Ursachen nicht angegangen werden. "Suchtepidemien werden nicht gelöst, indem man Konsumenten ins Gefängnis steckt, Wohnungslosigkeit nicht, indem man Wohnungslose aus dem öffentlichen Raum verdrängt" (254). Die Gesellschaft hat sich also nicht, wie eingangs behauptet, zu wenig Gedanken darüber gemacht, was für eine Polizei sie eigentlich möchte. Aus der geschilderten Politik-Polizei-Dynamik, in der sich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse manifestieren, liest sich eher heraus, dass die wirkmächtige gesellschaftliche Elite die Polizei durchgesetzt hat, die ihr weiterhin dienlich ist und die sie zunehmend in die Pflicht nimmt, um ihr zunehmendes Sicherheitsbedürfnis bei steigender Verteilungsungerechtigkeit zu befriedigen.

## **Inspektion der dunklen Seite**

Wie ist diese Polizeikontrolle einzuschätzen? Ziel der Inspektion sei es gewesen, "die Polizei in all ihren Widersprüchen zu betrachten" (15). Jedoch werden fast ausschließlich die dunkelsten Seiten in Augenschein genommen. Positive Entwicklungen - rechtsstaatlicher, demokratischer, besser ausgebildet und personell diverser aufgestellt - werden kaum benannt und wenn, dann in der Regel sofort entkräftet: "Menschen mit Migrationshintergrund geben eine relativ hohe Zufriedenheit mit Polizeikontakten an. Andererseits ..." (61). So kann das Buch nicht die wegweisende Wartung empfehlen, wenn die Inspektion sich nur auf die laut klappernden Teile konzentriert.

Den Autoren fällt an Reparaturen nichts ein, was nicht vor vierzig Jahren schon von kritischen Kriminolog:innen propagiert wurde: ein "Prozess der gesellschaftlichen Wiederaneignung sowohl der Lösung der sozialen Konflikte und Probleme als auch der Polizei" (385). Richtig wird erkannt, dass eine sozial ungerechte Gesellschaft zu mehr Spannungen, Gewalt und Kriminalität und zu fundamentaler Unsicherheit Benachteiligter führt. Die Autoren raten jedoch lediglich dazu, den Sozial- und Wohlfahrtsstaat auszubauen, anstelle eine Umverteilung und Demokratisierung des Zugangs zu Ressourcen anzuregen. Mit dieser Perspektive wird die Polizei wohl weiter von der bildungsbürgerlichen Elite beordert, ihren Privatbesitz zu sichern, dazu ggf. Gewalt anzuwenden und gleichzeitig aus derselben privilegierten Klasse als gewalttätige Rassist:innen beschimpft.

*Dr. Sonja John, Berlin*